

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie
- I B -

Berlin, den 31.08.2021
Tel.: 90227 (9227) - 5616
E-Mail: holger.schmidt@senbjf.berlin.de

3754

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei – G Sen –

Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zu mobilen Luftreinigern

93. Sitzung des Hauptausschusses vom 11.08.2021

Kapitel	Titel	
Ansatz 2020:		€
Ansatz 2021:		€
Entwurf: 2022		€
Ist 2020:		€
Verfügungsbeschränkungen 2021:		€
Aktuelles Ist (Stand:)		€

Gesamtkosten: entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenBildJugFam wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 08.09.2021 über den Stand der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund im Zusammenhang mit der Unterstützung der Länder bei der Beschaffung von mobilen Luftreinigern durch den Bund und die Auswirkungen auf das Land Berlin zu berichten.“

Beschlussempfehlung:
Der Hauptausschuss nimmt den nachfolgenden Bericht zur Kenntnis und sieht den Beschluss als erledigt an.

Hierzu wird berichtet:
Am 14. Juli 2021 beschloss das Bundeskabinett eine finanzielle Unterstützung der Länder bei der Beschaffung von mobilen Luftreinigern für Schulen und Kindertageseinrichtungen. Die Bundesregierung begründete dies mit der besonderen Situation in Schulen und Kinder-

tagesstätten, insbesondere bei den unter 12-Jährigen, denen in nächster Zeit kein Impfan-gebot gemacht werden kann. Trotz einer Abschwächung des Infektionsgeschehens im Frühsommer 2021 sieht die Bundesregierung vor allem durch die hochansteckenden Virus-varianten weiterhin ein hohes Risiko für eine vierte Welle im Herbst und Winter. Gemeinsa-mes Ziel sollte es sein, auch bei Kinderbetreuung und Präsenzunterricht an den Schulen zur Vermeidung von Bildungsbrüchen das Infektionsrisiko soweit wie möglich zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesregierung:

„Die Bundesregierung beteiligt sich auf der Grundlage ihrer in Notsituationen anerkannten ungeschriebenen Kompetenz aus Gründen der gesamtstaatlichen Repräsentation an den Maßnahmen der Bundesländer, um schnell geeignete Maßnahmen zum Infektionsschutz/zum Schutz vor einer Ansteckung mit Sars-CoV-2 in gemeinschaftlich genutzten Räumen der Kategorie 2 (eingeschränkte Lüftungsmöglichkeit, d. h. keine raumluftechnische Anlage mit Frischluftzufuhr, Fenster nur kippbar bzw. Lüftungsklappen mit minimalem Querschnitt) zu ergreifen.“

Die finanzielle Beteiligung und die Verwendung der Mittel wird über Verwaltungsvereinba-rungen geregelt. Das Volumen der finanziellen Beteiligung beträgt insgesamt 200 Millionen Euro.“

Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde eine Verwaltungsvereinbarung (vgl. Anlage 1) zwischen dem Bund und den Ländern unter Federführung des Landes Brandenburg erarbeitet. Die Länder brachten im Verhandlungsprozess Vorschläge und Änderungs-bitten ein. Das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übernahm ei-nige Bitten der Länder (u. a. den vorzeitigen Maßnahmenbeginn am 01.05.2021). Andere Änderungsbitten der Länder, wie eine Ausweitung auf Einrichtungen, in denen über 12-Jäh-ri ge betreut werden, lehnte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit Verweis auf den engen Rahmen des Bundeskabinettsbeschlusses ab. Die Länder verständigten sich daher darauf, zur Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung jeweils eine vorab abge-stimmte Protokollerklärung abzugeben (vgl. Anlage 2).

Die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung erfolgt für jedes Land einzeln in einem schriftlichen Prozess. SenBildJugFam bewertet die in der Anlage vorgelegte „Verwaltungs-vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Berlin über die Gewährung einer finan-ziellen Beteiligung des Bundes zur Verbesserung des Infektionsschutzes in Schulen und Kin-dertageseinrichtungen (VV Mobile Luftreiniger 2021)“ im Ergebnis als zustimmungsfähig. Für das Land Berlin soll Frau Senatorin Scheeres ermächtigt werden, die Verwaltungsver-einbarung zu unterzeichnen.

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Verwaltungsvereinbarung
zwischen dem Bund und dem Land Berlin
über die Gewährung einer finanziellen Beteiligung des Bundes
zur Verbesserung des
Infektionsschutzes in Schulen und Kindertageseinrichtungen
(VV Mobile Luftreiniger 2021)

Die Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

- nachstehend „Bund“ genannt –

und

das Land Berlin

vertreten durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

- nachstehend „Land“ genannt -

schließen folgende Vereinbarung:

Präambel

Der Hauptübertragungsweg für SARS-CoV-2 ist die respiratorische Aufnahme virushaltiger Flüssigkeitspartikel, die beim Atmen, Husten, Sprechen und Niesen entstehen. Grundsätzlich ist die Wahrscheinlichkeit einer Exposition gegenüber infektiösen Tröpfchen und Partikeln im Umkreis innerhalb von 1,5 m um eine infizierte Person herum stark erhöht.

Bei längerem Aufenthalt in geschlossenen Räumen mit unzureichender Frischluftversorgung oder ohne andere lüftungstechnische Maßnahmen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung durch Partikel auch über eine größere Distanz als 1,5 m, insbesondere bei erhöhtem Ausstoß von infektiösen Partikeln bzw. Aerosolen durch infizierte Personen. Durch die Anreicherung und Verteilung der Partikel im Raum ist das Einhalten des Mindestabstandes zur Infektionsprävention nicht mehr ausreichend. Daher kommt neben den allgemeinen Hygieneregeln und dem Gebot der Kontaktreduzierung auch der Innenraumlufthygiene eine große Bedeutung beim Infektionsschutz zu. Intensives, fachgerechtes Lüften von Räumen bewirkt eine wirksame Verringerung der Konzentration ausgeschiedener virusbehafteter Partikel und senkt damit das Infektionsrisiko in Räumen, die mehrere Personen nutzen. Ein effektiver Luftaustausch mit Frischluft oder entsprechend gefilterter Luft kann die Aerosolkonzentration in einem Raum erheblich vermindern. Der Einsatz von geeigneten raumluftechnischen Anlagen kann daher grundsätzlich zur Reduzierung der Infektionswahrscheinlichkeit beitragen, sofern sie sachgerecht unter Berücksichtigung aller Hygiene- und Sicherheitsaspekte eingesetzt werden.

Durch die hochansteckenden SARS-CoV-2-Virusvarianten besteht weiterhin ein erhöhtes Risiko für einen Anstieg der Infektionszahlen im Herbst und Winter 2021. Gemeinsames Ziel von Bund und Land ist es, die Kinderbetreuung und den Präsenzunterricht an den Schulen mit geeignetem Infektionsschutz aufrecht zu erhalten und somit Bildungsbrüche zu vermeiden. Ein besonderer Handlungsbedarf besteht vor allem bei den gemeinschaftlich von Kindern, Erziehenden oder Pädagoginnen und Pädagogen genutzten Räumen mit nur eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren, da dieser Personengruppe derzeit kein Impfangebot gemacht werden kann.

§ 1

Finanzielle Unterstützung des Bundes

- (1) Der Bund beteiligt sich auf der Grundlage seiner in Notsituationen anerkannten ungeschriebenen Kompetenz aus Gründen der gesamtstaatlichen Repräsentation an den Initiativen der Bundesländer, um schnell geeignete Maßnahmen zum Infektionsschutz bzw. zum Schutz vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 in gemeinschaftlich genutzten Räumen mit eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit (gemäß § 4 Abs.1) in Kindertageseinrichtungen und in Schulen zu ergreifen.
- (2) Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der Maßnahmen mit bis zu 50 Prozent der förderfähigen Kosten. Eine teilweise oder vollständige Kofinanzierung durch Landesmittel ist zwingend. Die im Wege eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährten Förderungen können bis zur Vollfinanzierung gewährt werden.
- (3) Der Bund stellt den Ländern für diesen Zweck Mittel in Höhe von insgesamt bis zu 200 Millionen Euro zur Verfügung.

§ 2

Verteilungsschlüssel

Unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels für das Jahr 2019 vom 21. April 2021 (BAnz AT 06.05.2021 B8) erhält das Land Berlin vom Bund zu diesem Zweck bis zu 10.379.900,00 EUR.

§ 3

Antragsberechtigung, Förderverfahren

Antragsberechtigt sind die Träger von Einrichtungen, in denen Kinder unter 12 Jahren betreut werden, für diese Einrichtungen. Diese umfassen:

- allgemeinbildende Schulen in öffentlicher Trägerschaft oder staatlich genehmigte allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft gemäß den Schulgesetzen der Länder, mit Ausnahmen von Schulen der Erwachsenenbildung,

- Kindertageseinrichtungen, Horte, Kindertagespflegestellen im Sinne von § 33 Nummern 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes in öffentlicher oder freier Trägerschaft.

Werden in einer entsprechenden Einrichtung zusätzlich Kinder über 12 Jahren betreut, können Förderanträge für sämtliche Räume der Kategorie 2 im Sinne des § 4 Abs. 1 gestellt werden.

Das Antragsverfahren richtet sich nach der bestehenden oder zu schaffenden landesrechtlichen Regelung.

§ 4

Gegenstand der finanziellen Beteiligung, technische Anforderungen

(1) Gefördert wird die Beschaffung (Kauf/Miete/Leasing) von mobilen Luftreinigungsgeräten für den Einsatz in Räumen der Kategorie 2. Bei diesen handelt es sich um solche mit eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit. Dies ist insbesondere anzunehmen für Räume ohne stationäre raumlufttechnische Anlage mit Frischluftzufuhr, in denen die Fenster nur kippbar und/oder nur Lüftungsklappen mit minimalem Querschnitt vorhanden sind¹.

(2) Gefördert werden solche Technologien für die Luftreinigung², die den vom Verein Deutscher Ingenieure e.V. (VDI) veröffentlichten fachlichen Mindestkriterien an die Wirksamkeit und Sicherheit solcher Technologien entsprechen,

<https://www.vdi.de/news/detail/anforderungen-an-mobile-luftreiniger>.

(2a) Die Geräte müssen so bemessen werden, dass ihr stündlicher Mindestvolumenstrom mindestens dem 4-fachen Raumvolumen entspricht. Ggf. sind in größeren Räumen mehrere Geräte mit ausreichender Gesamtleistung einzusetzen.

(2b) Bei der Geräteauswahl ist eine möglichst geringe Geräuschemission anzustreben, so dass die Anforderungen der Technischen Regel für Arbeitsstätten (ASR) A 3.7

¹ Maßgeblich sind die vom Umweltbundesamt definierten Kategorien von Räumen:

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/lueftung-lueftungsanlagen-mobile-luftreiniger-an>

² Ein Leitfaden zum Einsatz von mobilen Luftreinigern ist zudem in der Broschüre der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) enthalten:

<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Raumlufreiniger.pdf>

„Lärm“ erfüllt werden: <https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/ASR/pdf/ASR-A3-7.pdf>.

(2c) Es wird nur die Anschaffung solcher Geräte gefördert, die den einschlägigen Rechtsvorschriften für ihre Bereitstellung auf dem Markt entsprechen (insb. dem Produktsicherheitsgesetz).

(3) Die sachgerechte Positionierung im Raum sowie die fachgerechte Verwendung durch Einweisung und die Wartung der Geräte sind zu gewährleisten. Die erforderliche Ersteinweisung des Personals der Einrichtungen bzw. des Trägers in die Nutzung und Wartung der Geräte ist durch eine einmalige Pauschale förderfähig, wenn hierfür Kosten anfallen. Ein Filterwechsel muss durch fachkundiges Personal durchgeführt werden. Unbeschadet der Regelung in § 5 kann das Land zudem eine Wartungspauschale auch für mobile Luftreiniger gewähren, die in 2020 und 2021 von Einrichtungen nach Maßgabe von § 3 angeschafft worden sind, soweit diese in Räumen nach Maßgabe von § 4 Abs. 1 eingesetzt werden.

(4) Das Land legt Förderhöchstbeträge je Maßnahme fest.

§ 5

Förderzeitraum

Gefördert werden können solche Maßnahmen im Sinne von § 4 Abs. 1, die seit dem 1. Mai 2021 begonnen worden sind (vorzeitiger Vorhabenbeginn). Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

§ 6

Programmsteuerung, Bekanntmachungen

(1) Die Vergabe der Mittel gemäß § 2 erfolgt auf Basis der landesrechtlichen Regelung, die sich nach dem Haushaltrecht des Landes richtet. Verwaltungsausgaben werden nicht erstattet. Dem Land obliegt die beihilferechtskonforme Ausgestaltung des Förderprogramms. Einer Zustimmung des Bundes zur Förderrichtlinie des Landes bedarf es nicht.

(2) Das Land veröffentlicht sein Förderprogramm mit Antragsfristen. Das Land teilt dem Bund die Fundstellen des veröffentlichten Förderprogramms mit oder übermittelt diese an den Bund.

(3) Die Mittel müssen bis 31. Dezember 2021 durch das Land gebunden sein. Erfolgt die gewährte Förderung in Form von Zuwendungen, müssen die Mittel bis zum 31. Dezember 2021 durch das Land an den Zuwendungsempfänger per Zuwendungsbescheid bewilligt worden sein. Die gewährte Förderung muss bis spätestens zum 30. April 2022 ausgezahlt werden.

§ 7

Keine Doppelförderung

Doppelförderungen sind unzulässig (Kumulierungsverbot). Unbeschadet der Regelung in § 1 Abs. 2 schließt die Förderung von Maßnahmen auf Grundlage dieser Verwaltungsvereinbarung die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln anderer Förderprogramme für dieselben Maßnahmen aus. Maßnahmen, die von anderen Stellen des Bundes, des Landes oder der Europäischen Union gefördert werden, sind nicht förderfähig.

§ 8

Bewirtschaftung der Bundesmittel

(1) Der Bund weist dem Land die Mittel zur Bewirtschaftung im HKR-Verfahren des Bundes zu. Das Land benennt dem Bund (E-Mail: Buero-Z-HA@bmwi.bund.de) hierfür die HKR-Bewirtschafternummer (Mittelverteilerebene) und den zuständigen Titelverwalter.

Die Bewirtschaftung der Bundesmittel richtet sich nach dem Haushaltsrecht des Landes nach Maßgabe der VV Nr. 1.9 zu § 34 BHO. Die Mittel werden auf Grundlage der Bekanntmachung und der Förderrichtlinie des Landes bewilligt.

(2) Die Auszahlung der Bundesmittel über die zuständige Bundeskasse darf nur insoweit und nicht eher erfolgen, als sie innerhalb von 30 Tagen nach der Vereinnahmung im Landeshaushalt für fällige Zahlungen benötigt wird. Wird die 30-Tage-Frist überschritten, so kann der Bund für die Zeit vom Fristablauf bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen verlangen. Der Zinssatz entspricht dem

vom Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekanntgegebenen Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben, der zum Zeitpunkt des Mittelabrufs gültig ist; der Zinssatz beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich.

(3) Damit eine überjährige Verwendung der Mittel bis zum 30. April 2022 sichergestellt werden kann, gilt Folgendes: Wenn Bundesmittel nicht bis zum 31. Dezember 2021 vom Land ausgezahlt werden, sind diese unverzüglich, spätestens bis zum 10. Januar 2022, zu Gunsten des Bundes HKR-mäßig in Rückruf zu stellen und können nur nach nochmaliger Zuweisung durch den Bund für die Förderung nach Maßgabe von § 6 Abs. 3 eingesetzt werden. Im Übrigen sind als Rückeinnahme im Bundeshaushalt zu buchende Erstattungen des Landes bis spätestens zum 15. Dezember 2021 dem Bundeshaushalt zurückzuführen.

(4) Das Land berichtet dem Bund auf Anforderung über die Mittelbindung. Der Bund ist frühzeitig über nicht benötigte Bundesmittel zu unterrichten. Beginnend zum 1. Oktober 2021 ist dem Bund jeweils zum 1. eines Monats eine Schätzung zur voraussichtlichen Jahres-Ist-Ausgabe zu übermitteln.

(5) Bei der Mittelverwendung sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einzuhalten.

(6) Die auf Basis der erhaltenen Förderbeträge vergebenen öffentlichen Aufträge und die Einhaltung des Vergaberechts fallen in den Verantwortungsbereich des Landes und der begünstigten Träger.

§ 9

Nachweis der Verwendung; Kontrolle

(1) Die Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgt durch das Land nach dessen Landesbestimmungen.

(2) Der Bund überprüft die Einhaltung der Bestimmungen dieser Verwaltungsvereinbarung und die zweckentsprechende Mittelverwendung. Bei konkreten Anhaltspunkten für eine nicht zweckentsprechende Verwendung kann der Bund sich Unterlagen von Stellen vorlegen lassen, die mit der Bewirtschaftung der Bundesmittel befasst sind.

(3) Die Maßnahmen sind gegenüber dem Bund zeitnah vollständig abzurechnen. Hierzu übersendet das Land dem Bund unverzüglich nach Abschluss der Förderung eine Übersicht über den endgültigen Mittelabfluss und die durch das Land geprüften Nachweise über abgeschlossene Maßnahmen, aus denen sich die zweckentsprechende Verwendung der Bundesmittel ergibt. Die Übersicht enthält folgende Angaben:

- Bezeichnung und Adresse des Zuwendungsempfängers bzw. des Letztempfängers,
- Bezeichnung und Adresse der Einrichtung,
- Anzahl der für diese beschafften mobilen Luftreinigungsgeräte,
- Ausgaben insgesamt, sowie nach Bund und Land (ohne kommunalen Anteil) aufgeteilt.

(4) Das Land teilt dem Bund einschlägige Prüfungsbemerkungen seiner obersten Rechnungsprüfungsbehörde unverzüglich mit. Der Bundesrechnungshof prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes. Zu diesem Zweck kann er auch bei Stellen außerhalb der Bundesverwaltung Erhebungen vornehmen.

§ 10

Rückforderung und Verzinsung von Bundesmitteln

(1) Beträge, die nicht zweckentsprechend verwendet wurden, werden entsprechend der landesgesetzlichen Regelungen des Landes zurückfordert und verzinst. Die Mittel stehen innerhalb des Förderzeitraums für neue Bewilligungen zur Verfügung.

(2) Nicht zweckentsprechend gemäß dieser Verwaltungsvereinbarung durch das Land oder den Zuwendungsempfänger verwendete Bundesmittel sind an den Bund unverzüglich zurückzuzahlen.

(3) Eine Rückforderung von Bundesmitteln nach Absatz 2 ist ausgeschlossen, wenn Rückforderungsansprüche nicht innerhalb eines Jahres nach Erhalt der Übersichten über die Verwendungsnachweise nach § 9 Absatz 3 gegenüber dem Land geltend gemacht werden. Satz 1 gilt nicht, wenn nachträglich Tatsachen insbesondere durch Prüfungsbemerkungen der obersten Rechnungsprüfungsbehörde des Landes oder Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofs oder des Bundes bekannt werden, die

einen Rückforderungsanspruch begründen. In diesem Fall endet die Rückforderungsfrist mit Ablauf eines Jahres nach Bekanntwerden der Tatsache.

§ 11

Öffentliche Darstellung

Die Förderung des Bundes und des Landes ist in der öffentlichen Kommunikation angemessen darzustellen. Das Land bringt dabei in den Bewilligungsbescheiden bzw. gegenüber dem Letztempfänger angemessen zum Ausdruck, dass die Förderung auch mit finanzieller Beteiligung des Bundes erfolgt.

§ 12

Inkrafttreten

Die Verwaltungsvereinbarung tritt mit Unterschrift von Bund und Land in Kraft.

Berlin,
für das Land Berlin
Die Senatorin

Berlin,
für die Bundesrepublik Deutschland
Der Bundesminister für Wirtschaft und
Energie

Protokollerklärung des Landeszu der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund über das Förderprogramm Luftreiniger

1. Das Land teilt ausdrücklich die Auffassung des Bundes, dass Betreuungsräume in Kindertagesstätten und Schulen technisch so nachgerüstet werden müssen, dass die Verbreitung des Corona-Virus unterdrückt wird und ein dauerhafter Betrieb in den Einrichtungen gewährleistet ist. Anders als es der Bund einschätzt ist der Schutz der Kinder, Schülerinnen und Schüler nicht auf die unter 12-Jährigen beschränkt, sondern betrifft alle Altersklassen. Das Land bedauert es deshalb, dass sich das Angebot des Bundes ausschließlich auf Einrichtungen bezieht, an denen unter 12-Jährige betreut werden.
2. Das Land unterstützt das Programm nach besten Kräften und wird zusätzliche Maßnahmen ergreifen, weil Luftreiniger neben dem nachträglichen Einbau von RLT-Anlagen und der jetzt beabsichtigten Ausdehnung des Bundesprogramms auf Zu- und Abluftsysteme eine sinnvolle Ergänzung für diejenigen Räume darstellen können, die nicht ohne weiteres belüftet werden können.
3. Das Land bedauert, dass sich der Bund nicht dazu entschließen konnte, das Land und die Träger der Einrichtungen auch bei bereits vor dem 1. Mai 2021 ergriffenen Maßnahmen zu unterstützen.
4. Die Länder bitten den Bund, im November 2021 nochmals zusammenzutreten, um unter Zugrundelegung der von den Trägern der Einrichtungen angezeigten Bedarfe und der voraussichtlichen Verfügbarkeit der anzuschaffenden Geräte zu überprüfen, ob die Umsetzbarkeit des Programms bis April 2022 gewährleistet werden kann.